

Zeitgeschichte im Gespräch
Band 30

Herausgegeben vom
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Redaktion:
Bernhard Gotto, Michael Schwartz,
Sebastian Voigt
in Zusammenarbeit mit Lilli Helmbold

Dimensionen der Gewalt

**Ostmitteleuropa
zwischen Weltkrieg und Bürgerkrieg
1918–1921**

Herausgegeben von
Jochen Böhler,
Włodzimierz Borodziej und
Joachim von Puttkamer

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin

Leibniz Institute
for Contemporary History



**Institut für
Zeitgeschichte**
München–Berlin

Weitere Informationen finden Sie unter www.ifz-muenchen.de

Umschlagabbildung:

Das Bild von Wojciech Kossak „Adlerjungen – Die Verteidigung des Friedhofs“ aus dem Jahr 1926 zeigt polnische Minderjährige im Kampf um Lemberg (Polnisch: Lwów, Ukrainisch: L'viv).

© Muzeum Wojska Polskiego, Inventarnummer 28081

ISBN: 978-3-86331-523-8

ISBN: 978-3-86331-972-4 (E-Book)

© 2020 Metropol Verlag

Ansbacher Straße 70 | D-10777 Berlin

www.metropol-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten

Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Inhalt

JOCHEN BÖHLER · WŁODZIMIERZ BORODZIEJ ·

JOACHIM VON PUTTKAMER

Dimensionen der Gewalt

Ostmitteleuropa zwischen Weltkrieg und
Bürgerkrieg 1918–1921: Eine kurze Einführung 7

JOCHEN BÖHLER

„Wozu Ehre, wenn ich fressen will?“

Bauern und Nation in der Zweiten Polnischen Republik
im Sommer 1920 17

ANGELIQUE LESZCZAWSKI-SCHWERK

Frauen an den Fronten des Bürgerkrieges

Der polnisch-ukrainische Konflikt um Lemberg/Lwów/L'viv
und Ostgalizien 1918/19 39

EMILY R. GIOIELLI

Violence and Identity in Hungary's

“War after the War” 70

CHRISTOPHER GILLEY

Belief in an All-Ukrainian / All-Russian Uprising

**and Other Narratives of Identity in
the Russian Civil Wars** 89

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ · MACIEJ GÓRNY

Arbeiterprotest und Volksjustiz

Ostmitteleuropa im Übergang vom Großen Krieg
zum Bürgerkrieg 110

JÖRN LEONHARD

**Erfahrungsumbruch und Formwandel der Gewalt:
1918–1921 als Globalzäsur**

Kommentar und Ausblick 142

Abkürzungen 152

Autorinnen und Autoren 154

JÖRN LEONHARD

Erfahrungsumbruch und Formwandel der Gewalt: 1918–1921 als Globalzäsur

Kommentar und Ausblick

Der besondere Zusammenhang zwischen Gewalterfahrungen, Gemeinschaftsdeutungen und Gesinnungsmotiven im Ersten Weltkrieg war an sich keine neue Erfahrung. Ähnliche Tendenzen hatten sich in der komplexen Beziehung zwischen Kriegserfahrungen und sakralisierten Nationsvorstellungen bereits seit den Kriegen im Rahmen der Französischen Revolution gezeigt. Vertreter von Gewaltkulten wie der französischen *terreur* der 1790er Jahre hatten nicht zufällig immer wieder auf Leitmotive wie „Buße“ und „Erlösung“ rekurriert, um Gewalt gegen angebliche Konterrevolutionäre in Frankreich selbst oder im Ausland zu begründen. Eng mit diesen Deutungskulturen verknüpft war langfristig auch die Verbindung von Gewalterfahrungen und Partizipationsverheißungen – sie sollte in Gestalt der Dopplung von Kriegsdienst und Wahlrecht den Umgang mit den Nationalkriegen des 19. Jahrhunderts prägen und nach dem August 1914 angesichts der hohen Zahl von Kriegsoffern die Frage nach der gerechten Verteilung der Kriegslasten sowie der Anerkennung der Kriegsleistungen durch Gewährung politischer und sozialer Teilhaberechte zuspitzen.

Frägt man nach den neuen Faktoren, die sich aus dem Umbruch des Ersten Weltkrieges für die in dem vorliegenden Band thematisierte Beziehung zwischen Glaube und Gewalt in Osteuropa ergaben, so ist zunächst die seit der Binnenschwelle des Krieges von 1916 beziehungsweise 1917 offen zutage getretene Erosion imperialer Herrschaft bis hin zum Zusammenbruch der Kontinentalreiche Russland, der Habsburgermonarchie und schließlich auch des Osmanischen Reichs zu nennen. Daraus entstanden in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa

sukzessive Räume prekärer Staatlichkeit und enthemmter Gewalt, in denen sich ideologische, soziale und ethno-religiöse Motive überlagerten. In diesen Kontexten erodierte das Gewaltmonopol des traditionellen Staates, sodass vielerorts die Grenzen zwischen Militär und Zivilgesellschaft zusehends verschwammen. Mit diesem Prozess gerieten auch tradierte politisch-staatliche Ordnungsvorstellungen unter Druck. Augenfälligstes Symptom der Krise war ein schleichender Prozess, in dessen Verlauf die Loyalität von Mitgliedern der Kriegsgesellschaften immer stärker in Zweifel gezogen wurde. Die permanente Überforderung der Kriegsgesellschaften durch eine immer umfassendere Mobilisierung aller möglichen Ressourcen ließ so eine latente Vertrauenskrise entstehen.

Ausdruck dieser Konstellation war eine Herrschaft des Verdachts, wie der Umgang mit sogenannten Feindausländern (*enemy aliens*) und ethnischen Minderheiten bereits seit Kriegsbeginn offenbarte. Demografie und Loyalität wurden in diesem Prozess zu eigenen Kriegsressourcen, um die ein erbitterter Kampf entbrannte. Zumal in den von multiethnischen Bevölkerungsstrukturen, Bewegungskrieg und multiplen Herrschaftswechseln bestimmten Regionen Osteuropas beschleunigte dies die Einebnung der Grenzen zwischen militärischer und Heimatfront. Hier zeigte sich daher geradezu exemplarisch, wie der Krieg mit zunehmender Dauer das Effizienzkriterium der Kriegsstaaten zuspitzte. Hinzu kamen angesichts der revolutionären Umbrüche in Russland und des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten von Amerika ab Frühjahr 1917 eine neuartige Konkurrenz von Ideologien sowie ein Wettlauf um den möglichen Ausweg aus dem Krieg und die globale Meinungsführerschaft zwischen Woodrow Wilsons Weltdemokratie und den Weltrevolutionsideen führender Bolschewiki, die sich bei allen Gegensätzen im Versprechen eines Selbstbestimmungsrechts der Völker trafen. Diese universellen Versprechen provozierten eine krisenhafte Dynamik und verstärkten die Ideologisierung und Ethnisierung sozialer Status- und wirtschaftlicher Verteilungskonflikte, aber auch politischer Auseinandersetzungen.

Das lange Ende des Krieges, die *sortie de guerre*, die mit Niederlagen, Revolutionen und gegenrevolutionären Bewegungen, territorialen Umbrüchen und neuen Territorialitätsregimen samt neuer Grenzen

einherging, unterstrich eine ausgesprochene Ungleichzeitigkeit ab 1917. Ob man den November 1918 in Warschau, Helsinki oder Lemberg, in Triest oder Dublin, in Wien, Prag oder Berlin erlebte, machte einen erheblichen Unterschied. In dem europäischen Konflikt, der im August 1914 begonnen hatte, im Staatenkrieg zwischen den Alliierten und den Mittelmächten, schwiegen spätestens seit dem 11. November 1918 die Waffen. Aber das Kriegsende bedeutete keinesfalls ein Ende von multiplen Gewalterfahrungen. An vielen Orten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas markierte das formale Kriegsende vielmehr den Übergang in neue Formen der Gewalt. Oftmals waren diese Nachkriege in ihrer asymmetrischen Struktur, als Bürgerkriege und als Ausbrüche ethnischer Gewalt, kaum weniger blutig, ja zum Teil sogar gewaltsamer als die Kämpfe des Weltkriegs, wie vor allem der Bürgerkrieg in Russland bewies. Die Komplexität dessen, was man vereinfachend „Nachkriegszeit“ nennt, entzog sich sowohl der einfachen Unterscheidung von Krieg und Frieden als auch dem Gegensatz von Kontinuität und Umbruch. Stattdessen entwickelte sich ein komplexes Panorama gegensätzlicher Situationen und Überlappungen.

Gerade in Osteuropa steckte in der Vielfalt von Nachkriegskonstellationen häufig der Auftakt zu neuen Konflikten, oder ältere Konflikte wurden unter anderen Vorzeichen fortgesetzt. Hier verband sich seit Ende 1917 das Weltkriegsende mit dem Zerfall der multiethnischen Imperien des ehemaligen Zarenreichs und der Habsburgermonarchie und mit der Begründung neuer Nationalstaaten, so im Falle Polens, der baltischen Staaten, der Tschechoslowakei sowie des Staates der Südslawen, aus dem das spätere Jugoslawien entstehen sollte. Dem formalen Ende des Staatenkrieges war in Russland schon seit Ende 1917 der Bürgerkrieg gefolgt, in dem bis Ende 1922 weitaus mehr Menschen umkamen als Russen zwischen dem August 1914 und dem Ausscheiden Russlands im Frieden von Brest-Litovsk im März 1918. Der Bürgerkrieg bildete wiederum einen entscheidenden Referenzpunkt, um paramilitärische Gewalt in vielen anderen Gebieten Osteuropas zu begründen, indem man auf die Gewalt der Bolschewiki in Russland rekurrierte, um das eigene Vorgehen als Notwehr und legitime Verteidigung zu rechtfertigen. Gleichzeitig kam es in Ungarn, Finnland, in den baltischen Staaten

und in Deutschland zu Versuchen, bolschewikische Regimes zu errichten, was den Eindruck der Bedrohung noch verstärkte. Dabei wurde vielerorts die seit 1914 entwickelte Praxis des Krieges – die Herrschaft des Verdachts, die Spionagehysterien, das Misstrauen gegen „Feindausländer“ und die Infragestellung der Loyalität – im Feindbild des Bolschewismus kondensiert, auf die Angst vor einem revolutionären Bürgerkrieg und einem internationalen Klassenkampf übertragen, der jede Nachkriegsordnung zu bedrohen schien. Die sich daraus ergebenden Muster zur Legitimation von Gewalt entfalteten eine transnationale Wirkung und verfestigten dadurch noch das Feindbild des „jüdisch-slawischen Bolschewismus“. Nur vor diesem Hintergrund sind die sich bald nach Kriegsende bildenden antibolschewikischen Netzwerke von Paramilitärs in Deutschland, Österreich, Ungarn, Finnland, Russland und Italien zu verstehen, die als Vorbild auch in Südamerika rezipiert wurden.

Neben den Bürgerkrieg traten in Osteuropa zudem Unabhängigkeitskämpfe, vor allem in Finnland, im Baltikum und in Polen. Nach seiner Entlassung aus deutscher Festungshaft erhielt Marschall Piłsudski diktatorische Vollmachten für die militärische und zivile Führung des Landes. Nachdem er die Regierung neu geordnet und den Abzug deutscher Truppen erzwungen hatte, setzte er noch im Schatten der im Januar 1919 beginnenden Pariser Friedenskonferenz auf eine Auseinandersetzung mit dem durch den Bürgerkrieg und die alliierten Interventionen geschwächten Russland, um das Territorium des neuen polnischen Nationalstaates nach Osten zu erweitern. Dieser Krieg, stilisiert zum nationalen Unabhängigkeitskampf des neu begründeten Nationalstaates, überdeckte bald die Kriegserfahrungen vieler Polen seit Sommer 1914. Schon dies relativiert den aus der Perspektive der westeuropäischen Staaten unterstellten Zäsurcharakter des 11. November 1918 für alle Gesellschaften, die vom Ersten Weltkrieg erfasst worden waren. Geprägt war die paramilitärische Gewalt von je besonderen regionalen Kontexten in den postimperialen Zusammenbruchszonen, wobei konkurrierende Ideologien, ethnische Konfliktlagen und Nationsbildungsprozesse, Revolutionen und gegenrevolutionäre Bewegungen nach dem Zerfall der imperialen Staatsstrukturen den Rahmen bildeten.

Der in vielen Historiografien noch immer dominierende Fokus auf das Auslaufen der Staatenkriege im Westen Europas verdeckt die Kontinuitäten sowie den Formwandel von Gewaltkonstellationen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, aber auch in anderen Regionen wie im Kaukasus und in Anatolien bis 1922 und 1923. An die Stelle des Staatenkrieges war hier bereits seit der Binnenschwelle des Krieges von 1916 beziehungsweise 1917 ein ganzes Panorama neuer Gewaltformen und neuartiger Hybridisierungen getreten. Dazu gehörten Bürgerkriege, ethnische Gewalt, Pogrome, Revolutionen und gegenrevolutionäre Bewegungen, gewaltsame Prozesse im Rahmen von Nationalstaatsbildungen. Noch vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz im Januar 1919 wurde immer wieder versucht, vor Ort vollendete territoriale Tatsachen zu schaffen, wie die Entwicklungen in Polen, aber auch das Vorgehen von Tschechen, Slowaken und Rumänen beweist.

Doch blieben Kontinuität und Formwandel von Gewalt nicht auf Osteuropa beschränkt. Sie müssen vielmehr in einen globalen Umbruchmoment seit 1917 und bei Kriegsende integriert werden. Dazu gehörte die Erfahrung der Gewalt während der Demobilisierungsphase, die sich gegen Soldaten wandte, die Großbritannien und Frankreich aus ihren asiatischen oder afrikanischen Kolonialgesellschaften rekrutiert hatten und die nach Kriegsende plötzlich von den demobilisierten europäischen Soldaten als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt des Nachkriegs wahrgenommen wurden. Hier wie in der Frontpraxis während des Krieges zeigte sich, wie stark der Krieg rassistische Gewalt verstärkt hatte.

Exemplarisch entfaltete sich seit dem Frühjahr 1919 eine polyzentrische Gewaltwelle, in der sich ganz unterschiedliche Entwicklungen und Krisenanlässe abbildeten. Für die Widerstandsbewegungen und Revolten, die diesen Krisenmoment ab März 1919 kennzeichneten, wirkte die Pariser Friedenskonferenz häufig nicht als Ursache, sondern eher als Katalysator und Anlass. Am deutlichsten war der Rekurs auf die Pariser Friedenskonferenz in den Gesellschaften der Besiegten. Die Räterepublik Béla Kuns entwickelte sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der in Paris beschlossenen Reduzierung des ungarischen Territoriums und der Übergriffe Rumäniens auf Siebenbürgen. Für das Osmanische Reich wirkte die von den Alliierten

unterstützte griechische Invasion in Kleinasien als Krisenmoment, der ab Mai 1919 in den gewaltsamen Widerstand durch die türkische Nationalbewegung um Mustafa Kemal mündete. In Ägypten kulminierten längerfristige Spannungen zwischen der Bevölkerung und der britischen Herrschaft, die der Krieg noch einmal gesteigert hatte. Das Massaker im indischen Amritsar im April 1919 stand zwar im Kontext des über das Kriegsende hinaus verlängerten faktischen Ausnahmezustandes durch die britischen Behörden in Indien, der keinen Raum für Autonomierechte oder gar Selbstbestimmungspläne zuließ, doch der Gewaltexzess britischer Kolonialtruppen spiegelte auch lokale Bedingungen wider, so vor allem die Wahrnehmung britischer Offiziere, dass der Schutz europäischer Frauen und damit die koloniale Hierarchie nicht mehr gewährleistet seien.

In China entwickelte sich die „Bewegung des Vierten Mai“ aus Studentenprotesten nach der Enttäuschung über den Ausgang der Pariser Friedenskonferenz, als das ehemalige deutsche Schutzgebiet von Tsingtau (Qingdao) nicht im Sinne der nationalen Selbstbestimmung an China ging, sondern als Kriegsbeute an Japan fiel. Aber in dieser teils gewaltsamen Protestwelle, in der die Frage des Verhältnisses Chinas zum Westen und zu den von Woodrow Wilson repräsentierten Werten des liberalen Internationalismus eine entscheidende Rolle spielte, kam ebenso die jahrzehntelange Auseinandersetzung mit der Qing-Dynastie zum Ausdruck. Paris wirkte durch die Auslieferung der ehemaligen deutschen Gebiete an Japan als Anlass, indem es Ängste vor einem japanischen Imperialismus in Südostasien verstärkte und gewaltsamen Widerstand legitimierte.

Selbst in den Vereinigten Staaten verdrängte 1919 das innergesellschaftliche Feindbild „bolschewistischer Agitatoren“ das von der amerikanischen Kriegspropaganda popularisierte Stereotyp der „deutschen Hunnen“. In den teilweise hysterischen Ausprägungen der *Red Scare* setzte sich die im Krieg entstandene Herrschaft des Verdachts fort. Hatte er sich während des Krieges vornehmlich gegen Deutsche, Iren und Juden gewandt, gerieten nun fast alle Ausländer und jüngst Eingewanderte unter Druck. Antibolschewikische Verschwörungstheorien überlagerten sich zudem mit gewaltsamen Rasenunruhen und Problemen bei der Durchsetzung der Prohibition. Über 500 000 Afroamerikaner hatten im Krieg mit Zustimmung des

War Industrial Board im Norden und Mittelwesten der USA Arbeitsplätze in den kriegswichtigen Industrien übernommen. Nach der Rückkehr vieler weißer Soldaten aus Europa entwickelten sich nun zahlreiche gewaltsame Rassenkrawalle, deren Ausgangspunkt immer wieder die Forderung der Veteranen nach Rückkehr auf ihre alten Arbeitsplätze und einem Ausgleich zwischen Sold und Preisinflation bildeten. Der Ku-Klux-Klan gewann über fünf Millionen Mitglieder und verbreitete sich in kurzer Zeit in weiten Gebieten des Landes bis zur kanadischen Grenze. Sein Erfolg beruhte auf einem diffusen Bedrohungsgefühl, in das denkbar unterschiedliche Elemente einfließen, die von der angeblichen Herrschaft von Afroamerikanern, Katholiken, Juden und Immigranten über Themen wie Völkerbund und Geburtenkontrolle bis zum Alkoholschmuggel reichten.

Nimmt man die Kontinuität und den Formwandel von Gewalt als globales Phänomen ernst, dann ergeben sich daraus für bestimmte Räume ganz andere chronologische Einheiten, als es das klassische Weltkriegsnarrativ „1914 bis 1918“ nahelegt. Für große Teile Südosteuropas und Teile des Nahen Ostens bildeten eher die Jahre zwischen der Bosnischen Annexionskrise 1908 und dem Friedensvertrag von Lausanne 1923, mit dem die gewaltsame Revision der Bedingungen des Friedensvertrags von Sèvres ratifiziert wurde, eine historische Einheit.

Der Blick auf die Vielfalt von Gewalterfahrungen und Gewalträumen wirft die Frage nach der analytischen Fassung der Gewalt im Ausgang des Weltkrieges auf. In der Forschung bewegen sich die Antworten zwischen den Polen ideologischer Intention und Situationismus, Kontingenz und Kausalität. Inwiefern wirkten die Gewalterfahrungen seit 1914 als kausale Ursprünge des Formwandels der Gewalt seit 1917? Angesichts einer zunehmenden Tendenz, die analytische Erklärung von Gewalt zugunsten einer dichten Beschreibung von Gewaltereignissen in den Hintergrund zu drängen und das „Warum“ durch ein „Wie“ zu ersetzen, bietet zumal der globalhistorische Vergleich die Chance, die teils verwirrende Komplexität von Gewaltereignissen im Kontext von Revolutionen und Gegenrevolutionen zu differenzieren und als Antwort auf steigende, dann aber vielfach enttäuschte Erwartungen seit der Binnenschwelle des Krieges 1917 zu verstehen.

Als der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Februar 1918 in einer Rede vor dem Kongress den Schlüsselbegriff „self-determination“ verwendete, da verdeckte dessen suggestive Qualität, welche unterschiedlichen Bedeutungen damit weltweit verbunden sein konnten. Markierte der Begriff in Westeuropa nach dem November 1918 die Selbstregierung in parlamentarischen Systemen mit demokratisch gewählten Institutionen, so verwies der Begriff in der Zone der erodierenden multiethnischen Imperien Kontinentaleuropas auf das Ideal nationaler Selbstbestimmung im Rahmen nationalstaatlicher Souveränität. Die vermeintliche Eindeutigkeit dieser Ordnungsvision, die in den Nachkriegsgesellschaften Polens, der Tschechoslowakei oder des späteren Jugoslawiens mit dem Bild der Imperien als Völkergefängnisse zusammenfiel, traf in der Praxis vor Ort auf eine ausgesprochene Spannung zwischen demokratischer Partizipation und einer ethnischen Definition von Staatlichkeit mit exkludierender Wirkung. Das universalistische Versprechen des Selbstbestimmungsrechts traf zumal in den postimperialen Zusammenbruchszonen Osteuropas auf die weiter bestehenden multiethnischen Gemengelagen. In Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten entwickelten die globalen Ordnungsvisionen Lenins und Wilsons innerhalb kurzer Zeit enorme Anziehungskraft und provozierten weitgehende Erwartungen, was die Dynamik der Umbrüche und den späteren Umschlag in Gewalt mit erklärt. Aber während die Bolschewiki im Frühjahr 1918 einen demütigenden Friedensschluss mit den Mittelmächten in Brest-Litovsk akzeptieren und sich im Russischen Bürgerkrieg erst behaupten mussten, avancierte vor allem der amerikanische Präsident Wilson zur globalen Projektionsfläche von Hoffnungen auf einen neuartigen Frieden im Namen fortschrittlicher Prinzipien. Demokratische Teilhabe und nationale Selbstbestimmung waren also ausdrücklich nicht nur ein Versprechen an die nationalen Minderheiten innerhalb der Habsburgermonarchie oder des ehemaligen Zarenreichs, an Polen, Tschechen, Südslawen oder Balten, sondern stimulierten ebenso antikoloniale und nationale Bewegungen in Indien, Asien und Afrika.

Der starke Fokus auf die Gewaltregimes Osteuropas aus dem langen Ende des Ersten Weltkrieges verweist auch auf ein grundlegendes historiografisches Problem, nämlich die zu starke Konzentration auf

die sogenannte Zwischenkriegszeit, etwa auf paramilitärische Verbände als kollektive Basis für den Gewaltkult des frühen Faschismus. Verknüpft mit unserem Wissen um die scheinbar eindeutige, jedenfalls suggestive Kontinuität von Gewaltregimes zwischen 1914 und 1945, die bis zur räumlichen Essenzialisierung von Gewalt in Osteuropa durch den von Timothy Snyder geprägten Begriff der *bloodlands* reicht, wird hier die Gefahr der retrospektiven Teleologie erkennbar, eine Tendenz zur Verkürzung der Vielfalt von Entwicklungen nach 1917 und 1918 auf die eine am Ende eingetretene Wirklichkeit ab 1939. Wenn demgegenüber hier für eine Interpretation dieser Gewaltphänomene „aus der Zeit“ heraus und nicht aus der Logik des Rückblicks argumentiert wird, dann erscheinen verschiedene Themen und Sonden besonders geeignet, um den Leitmotiven nachzugehen, die sich für eine globalhistorische Einbettung der osteuropäischen Gewalterfahrungen eignen. Dazu zählt, erstens, der Antibolschewismus als suggestives Feindbild, in dem unterschiedliche Stereotypen – von „russischen Verhältnissen“ bis zu einem aggressiven Antisemitismus – amalgamiert und gebündelt werden konnten. Diese ideologische Abgrenzung ließ sich ethnisieren und als globales Bedrohungsszenario instrumentalisieren. Zweitens lässt sich der transnationale Charakter der Gewalterfahrungen in der konkreten Wirkung von personalen Netzwerken, aber auch den Mechanismen von Gerüchten, Medien und Kommunikationskanälen erschließen. Das gilt in besonderer Weise für die Exilkulturen und das Zusammentreffen von „Weißen“ und „Roten“. Drittens versprechen Kriegsgefangene, Veteranen und Flüchtlinge als transnationale Akteure und als Gruppen mit zum Teil unsicherem, rechtlich prekärem Status, Aufschluss über die generationelle Verarbeitung der Gewalterfahrung und deren Fortwirkung in den Gesellschaften der Nachkriegszeit zu geben.

Eine vierte Forschungsperspektive sei zum Schluss angedeutet: Zu den neuen Gewalterfahrungen zählten auch neue „Glaubensinhalte“ und Gesinnungsmotive, hinter denen sich eine Krise der klassischen Deutungen von „Nation“ und „Imperium“ abzeichnete. In den Gewaltdeutungen schienen neue Projektionen jenseits der überkommenen Ordnungsmodelle auf: die organische Gemeinschaft, die soldatische Erfahrung der Schicksalsgemeinschaft, das heroische

Individuum als soldatischer Arbeiter der Gewalt, die paramilitärische Kampfgemeinschaft und der charismatische Kriegsführer, dem es als *Warlord* gelang, militärische Erfolge in politisches Kapital zu übersetzen. Bei allen Unterschieden zwischen diesen Idealvorstellungen war ihnen doch gemeinsam, dass sie sich alle gegen das überkommene liberale Ordnungsmodell auf der Basis von Verfassungen und Parlamenten wandten. Die Reichweite dieser Deutungskrise und ihrer Konsequenzen über Europa hinaus erscheint als eine lohnende Perspektive künftiger Forschung.